

Direktkandidaten der Familien-Partei zur Bundestagswahl 2009 aufgestellt

Bayerische Landesliste zur Bundestagswahl 2009 durch Direktkandidaten ergänzt. Erhard Lahni für Wahlkreis München-Nord (218) und Raimund Enders für Wahlkreis München-Land (222) einstimmig beschlossen.

München, 22.11.2008 - Dass mit der Familienpolitik in Deutschland vieles im Argen liegt, hat sich nicht erst seit der merkwürdigen Diskussion um Krippenplätze und den damit verbundenen etablierten Politiker-Sprüchen über rauchende, Flachbildfernseher kaufende und ihre Kinder vernachlässigende Eltern herumgesprochen, dicht gefolgt von den coolen Würstchen-Sprüchen des Berliner SPD-Finanzsenators Sarrazin. Darüber hinaus ist nun die sogenannte Kindergeld*erhöhung* nach sieben mageren Jahren verfassungswidrig lächerlich ausgefallen. Sie taugt nicht einmal als Kindergeld*anpassung*, denn sie gleicht nicht einmal annähernd die Inflationsrate aus, und wird darüber hinaus bei Hartz-IV-Empfängern sofort wieder abgezogen. Dies betrifft besonders Eltern und Alleinerziehende, denen zum Beispiel ihre Zeitarbeiter anlässlich der Bankenkrise die ohnehin befristeten Arbeitsverträge vorzeitig kündigen, nicht ohne noch kurz vorher Familien durch angeordnete Überstunden in Bedrängnis gebracht zu haben. In der Folge ist zu befürchten, dass milliardensubventionierte Banken gerade diesen Familien ihren Kreditrahmen streichen.

Dass dies kein populistisches gemaltes Horror-Szenario ist, sondern leider grausame und menschenverachtende Realität, zeigen die steigenden Mitgliederzahlen der Familien-Partei im Großraum München, die dort im März 2007 ihren ersten Bezirksverband gründete. Sie wehrt sich gegen die gezielt ideologische Aufweichung der Definition des Begriffs Familie, nach welcher jede Kinderbetreuungseinrichtung, ja sogar jeder Schulbus eine Familie wäre. Stattdessen stellt sie realisierbare familienfreundliche Lösungsansätze und Konzepte für alle Bereiche des Lebens in der Gesellschaft dar.

Dabei ist die Benachteiligung der Familien nichts Neues, schon mehr als 50 Jahre alt: Schon Adenauer entschied sich bei der Gründung der BRD wider besseren Wissens gegen die Einführung einer Familienkasse zum Lastenausgleich. Erwiesenermaßen war ihm sein Wahlsieg weit wichtiger als ein Ausgleich für die finanzielle Benachteiligung der Familien. Geändert hat sich an diesen Prioritäten der etablierten Parteien seither leider nichts: Kein Deutscher Bundestag hielt es für nötig, diesen längst bekannten Mangel zu beheben, der immer mehr zur Kinderarmut beitrug. Dabei bewiesen Familienforscher (wie z.B. Prof. Wassilios Emmanuel Fthenakis) schon Ende der 90-er Jahre, dass der sprunghafte Anstieg der Scheidungsraten regelmäßig mit den wirtschaftlichen Problemen in der Familie einhergeht.

Auch im Deutschen Wahlrecht sind Familien von je her unangemessen benachteiligt, was nicht unwesentlich zur Politikverdrossenheit beiträgt. Nicht nur, dass es noch immer kein elterliches Wahlrecht "an Kindes Statt" gibt, sind doch die überwiegende Mehrzahl der Bundestagsabgeordneten aus rein hedonistischen Gründen kinderlos: Sie streichen lieber 820 Euro pro Monat steuerfreie Diätenerhöhung ein.

Während vor 20 Jahren ein Facharbeiter mit seinem Einkommen noch eine 4-köpfige Familie ernähren konnte, kämpfen inzwischen *beide* Eltern (oft mit zusätzlichen 400-Euro-Jobs) ums Überleben und ums Dach über dem Kopf. Mehr noch müssen sie sich dafür mit dem Vorwurf der Vernachlässigung ihrer Kinder denunzieren und diskriminieren lassen. Und auch im Steuerrecht gilt noch immer statt dem längst überfälligen Familiensplitting das alte Ehegattensplitting, welches die Mehraufwendungen für Grundbedürfnisse der Kinder steuerlich ignoriert und so zur steigenden Kinderlosigkeit beiträgt. Zu splitten gibt es ohnehin nur etwas bei einseitig höherem Einkommen.

Auf ihrem letzten Bundes-Parteitag im Frühjahr 2008 hatte die Familien-Partei unter anderem ihre Kandidaten für die Europawahl 2009 aufgestellt und ihren Landesverbänden die Teilnah-

me an der bevorstehenden Bundestagswahl 2009 empfohlen. Daraufhin stellte der Landesverband Bayern im Juni 2008 eine Landesliste mit 15 Kandidaten aus allen Bayerischen Regierungsbezirken auf.

Am vergangenen Freitag (21.11.2008) trafen sich nun die Mitglieder der Familien-Partei aus der Region München beim "Alten Wirt" in Ramersdorf, um für die im September 2009 zu erwartende Bundestagswahl ihre ersten Direktkandidaten aufzustellen.

Die jeweils dort wahlberechtigten Mitglieder wählten für den Wahlkreis 218 (München-Nord) den in der Entwicklung tätigen Systemingenieur Erhard Lahni (2 Kinder) und für den Wahlkreis 222 (Landkreis München) den als freier Kfz-Sachverständiger tätigen Sondermaschinenbauingenieur, Fotojournalisten und qualifizierten Tagesvater Raimund Enders (4 Kinder) einstimmig zu ihren Direktkandidaten.

Erhard Lahni bekleidet das Amt des stellvertretenden Landesvorsitzenden in Bayern. Er vertritt Bayern als Beisitzer im Bundesvorstand, arbeitet dort unter anderem als Leiter der Arbeitsgruppe Printmedien und engagiert sich als Referent für Wirtschaftspolitik.

Raimund Enders funktioniert als Schriftführer im Bezirksverband und im Landesvorstand, als Leiter des Bayerischen Arbeitskreises Jugendämter, er arbeitet im Bundesredaktionsteam mit und half im Wahlkampf in Hessen und Niedersachsen aus.

Damit die Direktkandidaten aber auch auf den Stimmzetteln zur Bundestagswahl 2009 namentlich angekreuzt werden können, müssen nun in den nächsten Wochen für jeden der beiden Direktkandidaten 200 Unterstützungsunterschriften auf amtlichen Formblättern beigebracht werden, unterzeichnet von wahlberechtigten Mitbürgern aus jedem der beiden Wahlkreise.

Wer den Wahlvorschlag durch seine Unterschrift unterstützen oder den Mitgliedern bei dieser Sammelaktion behilflich sein will, kann sich auf dem Anrufbeantworter der Landes-Geschäftsstelle in Weilheim unter der Nummer 0881-1212421 melden oder die amtlichen Formulare auf der Homepage <www.familien-partei.de> unter der Rubrik "Wahlen 2009" als -.pdf herunterladen. Dort sind neben der Satzung und dem ausführlichen Parteiprogramm auch Mitgliedsanträge zu finden.

Die Familien-Partei Deutschlands ist eine vor etwa 15 Jahren von Kinderärzten gegründete demokratische Partei der politischen Mitte, die sich von jeglicher Art von Extremismus, sei es von rechts oder links, distanziert. Leitgedanke ist es, die Familie nicht nur pro forma - nach dem Wortlaut des Grundgesetzes (Artikel 6) -, sondern auch de facto – also in der Realität - unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung zu stellen.

Wesentliche politische Ziele der Familien-Partei sind daher die wirtschaftliche Gleichstellung der Familien durch einen gesetzlich zu verankernden Familienlastenausgleich. Die Gleichstellung der Familienarbeit für Kinder mit der Erwerbstätigkeit im sonstigen Berufsleben soll erreicht werden durch die Zahlung der existenzsichernden Aufwendungen für die Kinder an die Erziehungsberechtigten in Form eines angemessenen sozialversicherungs- und steuerpflichtigen Erziehungsgehalts aus der Familienkasse. Dies führt neben einer Anerkennung der elterlichen Erziehungsleistung als Beruf zu einer echten Wahlfreiheit der Eltern, ob sie ihre Kinder selbst betreuen und qualifiziert erziehen oder aber die Betreuungs- und Erziehungsleistung in fremde Hände (Tagesmutter, Kinderkrippe etc.) delegieren wollen. Nebenbei trägt dies zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit und der Bedürftigkeit bei.

Darüber hinaus fordert die Familien-Partei die Schaffung eines politischen Stimmgleichgewichts durch Umsetzung des Wahlrechts minderjähriger Kinder über eine stellvertretende Stimmabgabe durch die Erziehungsberechtigten Eltern ("an Kindes Statt").

Ob sich Familien den Forderungen der Globalisierung bedingungslos anzupassen haben oder aber dabei die Bedürfnisse der Familien angemessen zu berücksichtigen sind, lässt sich nach Ansicht der Familien-Partei nur in einem Konsens gemäß ihrem Konzept der nachhaltigen Wirtschaftspolitik realisieren. Eher ideologisch klingen dem gegenüber die weiteren Ziele: Die Übergabe einer lebensgerechten Umwelt und Infrastruktur an die nachfolgenden Generationen und die Lösung aller politischen Fragen im Hinblick auf die Familie und die nachwachsenden Generationen in sozialer Sicherheit, in Frieden und Freiheit.

Selbstverständlich werden die Ziele der Partei nur mit verfassungsgemäßen Mitteln verfolgt. Insbesondere ist jede Anwendung von Gewalt ausgeschlossen.

ViSdP: Dipl.-Ing. Raimund Enders – Robert-Koch-Str. 26 – 85521 Ottobrunn – Tel. 089-6094649 <fotohimmel@web.de> Belegexemplar erbeten.